

Stellungnahme zu Luxleaks

Für Betriebe sind direkte Steuern und Sozialbeiträge Unkosten, die mit in die Verkaufspreise einberechnet werden.

Deswegen stimmt die Behauptung nicht das Betriebe Steuern und Sozialbeiträge zahlen, denn die Betriebe reichen sie weiter an die Kunden, würden sie das nicht tun, dann würden sie, spätestens wenn ihr Firmenskapital und eventuell vorhandene Reserven aufgebraucht sind, insolvent sein.

Einer der Hauptgründe um durch solche Firmenstrukturen die Steuer zu umgehen ist der Konkurrenzkampf der Betriebe untereinander um sich Marktanteile zu sichern und sich so Vorteile zu beschaffen, das nennt die Politik dann Kompetitivität.

Direkte Steuern sind gegenüber dem Konsumenten nicht transparent und verstecken sich im Verkaufspreis, im Gegensatz zur Mehrwertsteuer (TVA), die jeder auf dem Kassenzettel sieht und weiß wie viel er beiträgt zum Staat.

Auch sind direkte Steuern ökonomisch kontraproduktiv, da sie die Kaufkraft vermindern und bei geringer werdenden Arbeitseinkommen wegen der steigenden Produktivität durch die Automatisierung diese Entwicklung des Verlustes an Kaufkraft noch zusätzlich beschleunigen.

Alle Steuern und Abzüge die auf die Produktion erhoben werden sind in allen Hinsichten kontraproduktiv und die Politik setzt alles auf die Karte eines exponentiellen Wachstums in einem begrenzten Raum an Ressourcen um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten mit all seinen negativen sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Konsequenzen.

Geht es dem Staat denn wirklich um Arbeitsplätze oder geht es ihm um Steuereinnahmen und das die Kosten der Sozialleistungen nicht explodieren?

Intelligenter wäre es nur eine Mehrwertsteuer zu haben, denn für die Gesellschaft entsteht der Mehrwert erst, wenn die produzierten Güter konsumiert werden.

Fakt ist, wenn es nur eine Mehrwertsteuer gäbe, wäre die technologische Arbeitslosigkeit kein Problem, denn in einer automatisierten Gesellschaft, wo wir von allen Konsumartikeln genug haben, teilweise sogar im Überfluss und uns sogar leider eine „Wegwerfgesellschaft“ leisten können ist die Besteuerung von Einkommen nicht mehr zeitgemäß.

Die Mehrwertsteuer würde erhöht werden um den Betrag, der durch den Wegfall von allen direkten Steuern entsteht und wäre dann auch transparenter, sowohl für den Bürger als auch für den Staat. Es gäbe auch keinen Steuerfreibetrag mehr, dieser würde ersetzt durch eine bedingungslose negative Mehrwertsteuer in der Höhe von der „Armutsgrenze“ (ca. 1.600 €).

Diese bedingungslose negative Mehrwertsteuer verhindert effektiv Armut und Preissteigerungen werden neutralisiert durch einen geringeren Anteil der Löhne in den Produktpreisen.

Die Mehrwertsteuer würde, so wie wir es schon heute kennen, gestaffelt werden von weniger Steuern auf lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen (gesunde Nahrung, Kleidung,) hin zu mehr Steuern für Umwelt- und Gesundheitsschädliche Produkte und Luxusartikel (Gennahrung, Luxusautos).

Die Steuerflucht durch komplexe Firmenstrukturen könnte effizient vermieden werden durch die Mehrwertsteuer als alleinige Steuerquelle für den Staat, da die Kontrolle der Steuereinnahmen nicht mehr durch komplexe Steuermodelle erschwert wird.